

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, warnt die Großmächte vor ungezügelter Machtpolitik.

Seite 1-3

Kurt Vogelsang MdB sieht eine bedenkliche Entwicklung im Bereich der Krankenkassen.

Seite 4/5

Klaus Kübler MdB plädiert für das Röhren-Gas-Geschäft.

Seite 6

Rudolf Hartung, Bundessekretär der Jungsozialisten, untersucht den Fall Hansen.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 138

24. Juli 1981

Plädoyer für friedlichen Ausgleich

Die Friedensverantwortung muß größer werden

Von Eugen Loderer
Vorsitzender der IG Metall

Die besonderen Gefahren für den Weltfrieden sind offenkundig und bedrängen die Menschen überall in der Welt. Doch während wir überall den Rüstungswettlauf beklagen und kritisieren, gelingt es scheinbar nicht, ihn aufzuhalten, besitzen wir nicht die politische und moralische Kraft, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Wenn in diesem Jahr mehr als 500 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden, dann sind dies auch jene gewaltigen Mittel, die uns beim Kampf gegen die weltweite Arbeitslosigkeit und gegen das unerträgliche Massenelend in vielen Ländern der Dritten Welt fehlen. Wir alle wissen um die besonderen Nöte jener Länder der Dritten Welt, die nicht über Energie und Rohstoffe verfügen, aber trotz aller Bekenntnisse entwickeln sich die Tatsachen anders. Die Bereitschaft zur Entwicklungshilfe läßt nach. Die Bedrohung des Weltfriedens nimmt zu.

Wir wissen, daß ein freier internationaler Handel aller beteiligten Ländern Vorteile bringen kann, wenn die Grundsätze eines fairen Interessenausgleichs beachtet werden. Tatsache aber ist, daß immer mehr in internationalen Alleingängen und ungehemmter Ausnutzung von Vorteilen die Gratzwanderung zwischen Freihandel und Protektionismus pro-



kärer wird. Zugenommen hat in der Welt der Drang, Probleme im Alleingang und notfalls auch zu Lasten anderer zu lösen. Nachgelassen hat die Bereitschaft und die geistige Kraft zu internationalen Regelungen der Vernunft und des gemeinsamen Interesses.

Es gehört heute zu den Gemeinplätzen der politischen Diskussion, wenn festgestellt wird, daß ohne eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses nicht die notwendigen Energien zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen freigesetzt werden können. Wir alle verwahren uns immer wieder dagegen, daß die beiden Großmächte die Welt in Interessenssphären, in Herrschaftsräume, in Macht- und Einflußgebiete aufteilen. Ich meine das nicht im Sinne einer geringschätzigen Vereinfachung. Immerhin hat das Ost-West-Gleichgewicht Europa vor militärischen Auseinandersetzungen bewahrt. Doch in Lateinamerika, Asien und Afrika gab es dieses Gleichgewicht nie. Da hat der Wettstreit der Großmächte seinen Lauf genommen. Ein zwanghafter Ehrgeiz, der Ideologie vorschiebt, um strategische und wirtschaftliche Interessen zu sichern, wuchert dahin. Den Menschen wird eine bessere Zukunft versprochen und zugleich ihre Vernichtung betrieben. Das Elend der Flüchtlingsmassen in den Kontinenten, Massenvernichtung und Unterdrückung sind der entwürdigende Niederschlag dieser Politik. Menschenrechte und Menschenwürde kommen unter die Räder. Freiheit, Demokratie und sozialer Fortschritt erhalten keine Chance. Das sage ich auch an die Adresse der Sowjetunion, die glaubt, revolutionäre Veränderungen in ihrem Sinne in die Welt tragen zu müssen.

Wenn die Politiker in den bestimmenden Nationen dieser Welt nicht die Vision und nicht die Souveränität haben, sich diesen Zwängen zu entziehen, dann müssen wir um so mehr dafür wirken, daß dieser Teufelskreis durchbrochen wird.

Wir respektieren die Grundsätze der Gleichgewichtigkeit und der Gegenseitigkeit in der Rüstungspolitik, aber wir fügen hinzu: Es kann in Zukunft doch nur Gleichgewichtigkeit und Gegenseitigkeit in einer Richtung geben, nämlich nach unten.

In diesem Zusammenhang rufe ich auch die sogenannten Gewerkschaften Osteuropas auf, endlich einmal zu zeigen, daß sie in ihren Ländern etwas mehr Kritisches zu sagen haben. Bis heute höre ich von ihnen immer nur Kritik am Nachrüstungsbeschluß der Nato. Die kritische Auseinandersetzung mit der Rüstungsproblematik hier im Westen können sie getrost uns überlassen.

Wir alle hätten mehr davon, wenn sie ihren Politikern auch einmal den Spiegel der Kritik vorhielten. Doch ich fürchte, sie haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, die SS 20-Raketen in Osteuropa zu zählen.

Wir fordern von den Regierungen der Großmächte Zeichen der Friedensverantwortung. Beide müssen endlich lernen, daß Nicaragua oder Polen mehr sind als Interessen- und Sicherheitszonen. Beides sind Völker, die ihren Weg gehen wollen und die letztlich an einem soliden Verhältnis zu beiden Großmächten interessiert sind. Hilfe, Respekt und Vertrauen sind hier am Platze und nicht Interventionen. Die Großmächte müssen endlich gemeinsam die Kraft und die Souveränität zur Friedensverantwortung über ideologischen Ehrgeiz, ängstliches Sicherheitsdenken und kleinkarierte Interessenpolitik hinweg aufbringen. Der



Größe der Macht sollte endlich auch die Größe zur weltweiten Verantwortung folgen. Im Konflikt zwischen Syrien und Israel haben beide diese Verantwortung. Es wäre nicht auszumachen, wenn wir uns von polemischen Reden in einen Brand von weltweitem Ausmaß treiben ließen. Noch immer sterben in Afghanistan Menschen, weil sie vergeblich die Respektierung der nationalen Souveränität ihres Landes fordern. Es müßte doch möglich sein, daß die beiden Großmächte gemeinsam mit anderen angrenzenden Ländern eine Vereinbarung der Nichteinmischung und eine Garantie der Neutralität erwirken. Die Beendigung der Intervention in Afghanistan wäre ein hervorragendes Zeichen der Vertrauensbildung.

Ebenso fordern wir die uneingeschränkte Respektierung der nationalen Souveränität Polens und aller Staaten. Die ständigen Interventionsdrohungen, auch wenn sie nicht zu Maßnahmen geführt haben, sind eine machtpolitische Anmaßung. Wir werden uns nicht damit abfinden. Der polnischen Regierung und der Gewerkschaft Solidarnosc muß bescheinigt werden, daß sie viel Klugheit bewiesen haben. Wir alle stehen zu den Forderungen der polnischen Gewerkschafter nach Unabhängigkeit. Was sie in ihrem Lande verlangen, waren schon immer unsere gewerkschaftspolitischen Grundsätze. Für die Zurückhaltung, die viele von uns in dieser Sache immer geübt haben, gibt es nur eine Erklärung. In Polen ging es nicht nur um gewerkschaftliche Freiheit und nationale Souveränität, hier ging es immer auch um die Gefahr weiterer Zuspitzungen des Ost-West-Konflikts. Die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung Polens muß von seinen Bürgern getragen werden, gleich ob es den ideologischen Gralshütern des sogenannten Sozialismus Freude bereitet oder nicht. Zurückhaltung der Sowjetunion in Wort und Tat würde weiteres Vertrauen schaffen.

Ich scheue mich nicht gegenüber den USA gleiches anzumahnen. Ich denke vornehmlich an Nicaragua und El Salvador. In einigen Ländern Lateinamerikas wurde immer nach dem Prinzip verfahren, wer die Waffen hat, hat die Macht, wer schneller schießt, überlebt. Demokratische Traditionen konnten sich nie entwickeln, sie hatten nie eine Chance. Für die Masse der Menschen besteht der Alltag in Ausbeutung, Elend. Von Menschenwürde und Meinungsfreiheit kann keine Rede sein. Auf solchem Boden gedeihen revolutionäre Ideen, er läßt sie geradezu wuchern. Es darf daher nicht verwundern, wenn heute in Nicaragua die neue Regierung nicht gleich Demokratie nach westlichem Vorbild veranstaltet. Die Furcht vor einem Machtverlust durch Waffen statt durch Wahlen, spielt immer eine Rolle. Wir hoffen, daß in Nicaragua Toleranz und Respekt vor denen, die anders denken, einen Platz erhält. Wir sollten in diesem Sinne mahnen und wo immer möglich Einfluß nehmen. Nicaragua braucht Hilfe. Diese Hilfe wird um so leichter, wenn der politische Gegner im Lande respektiert und der Weg zur Demokratie offen gehalten wird.

In El Salvador wird man kaum die Probleme lösen, in dem man die Regierungsjunta so mit Waffen versorgt, daß sie die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs mit der Opposition aus ihren Überlegungen streichen kann. Auch in diesem Lande haben die totale Konfrontation der Machtansprüche und die revolutionäre Ideologie die Chancen eines friedlichen Ausgleichs und einer demokratischen Entwicklung an den Nullpunkt gebracht.

Dennoch muß von verantwortlichen Politikern der Versuch eines friedlichen Ausgleichs immer wieder unternommen werden, wenn wir nicht unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen wollen.

(-/24.6.1981/va-he/hgs)

+

+

+



Gleicher Beitrag für gleiche Leistung ?

Eine bedenkliche Entwicklung bei den Kassen

Von Kurt Vogelsang MdB

In der Beitragssatzgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung zeichnet sich eine bedenkliche Entwicklung ab. Während der niedrigste Beitragssatz der gegenwärtig mehr als 1.300 Krankenkassen um sieben Prozent liegt, beträgt der Spitzensatz 15 Prozent des Grundlohns.

Leidtragende dieser Entwicklung sind insbesondere die pflichtversicherten Arbeiter in wirtschaftlich schwachen Regionen. Sie müssen bei niedrigem Grundlohn einen vergleichsweise hohen Beitragssatz aufbringen. Der Gesetzgeber hat bislang, im Vertrauen auf die Selbstverwaltung, zu dieser Entwicklung geschwiegen. Wie lange darf auf gesetzgeberische Initiativen verzichtet werden, ohne einen Vertrauensschwund der Versicherten in die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes zu riskieren?

Die Beitragsunterschiede sind eine Folge der Organisationsstruktur der Krankenversicherung. Jede dieser rund 1.300 Krankenkassen ist rechtlich selbständig. Die Beitragssatzgestaltung gehört zwar zum Verantwortungsbereich jeder Kasse, doch wird der Handlungsspielraum durch eine Reihe von Faktoren eingeengt, die sich dem Einfluß der einzelnen Kasse entziehen. Dazu gehören insbesondere die unterschiedliche Versichertenrisikostruktur und die regional unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Der Kreis Steinfurt gehört zu den strukturschwachen Gebieten in Nordrhein-Westfalen. Die AOK erhebt dort von ihren Mitgliedern einen Beitragssatz von zur Zeit 14,9 Prozent. Die Versichertenrisikostruktur (ungünstige Altersstruktur im Vergleich zum Landesdurchschnitt, hoher Anteil mitversicherter Familienangehöriger) und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten (niedriger Grundlohn bei Arbeitern, die vorwiegend in der Textilindustrie tätig sind), sind wesentliche Ursachen für den vergleichsweise hohen Beitragssatz.



Die IG Metall, unterstützt vom Bonner Verwaltungsrechtler Professor Redeker, sieht in der wachsenden Diskrepanz einen Verstoß gegen das Grundgesetz. So werde der Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 Absatz 1 GG verletzt, wenn aufgrund von Organisationsmängeln die Beitragsregelung als willkürlich anzusehen sei. So werde auch gegen das Sozialstaatsprinzip verstoßen, wenn der Gesetzgeber es versäume, die jeweils situationsgemäßen Lösungen zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit zu entwerfen. Zur Zeit läuft ein Verfahren vor dem Sozialgericht Münster. Erwartet wird ein Vorlagebeschluß beim Bundesverfassungsgericht.

Im Interesse der Versicherten wird es wohl nicht liegen, wenn Initiativen so lange hinausgezögert werden, bis sie gerichtlich erzwungen werden. Was also kann getan werden, um künftig zu verhindern, daß die Folgen organisatorischer Mängel in der Krankenversicherung auf die wirtschaftlich Schwächeren abgewälzt werden?

Das Bundesverfassungsgericht hält es schon in seinem Beschluß vom 9. April 1975 für mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn der Gesetzgeber sämtliche Träger der gesetzlichen Krankenversicherung zusammenfaßte und in einem Bundesamt für Krankenversicherung als bundesunmittelbare Körperschaft organisierte.

Die Einrichtung eines Bundesamtes für Krankenversicherung wäre ein Weg, das Problem der beigleichen Leistung so unterschiedlichen Beiträge zu beheben. Vorbild für diese Organisationsform wären die Ersatzkasse, die einen gleichmäßigen Beitragssatz längst erreicht haben.

Ein besserer Weg bietet sich über den Finanzausgleich innerhalb der gegliederten Krankenversicherung an. Diese Lösung kommt denen entgegen, die den Handlungsspielraum der Krankenversicherungsträger erhalten möchten. Doch müssen sich die Verfechter der Selbstverwaltung darüber im klaren sein, daß sozialpolitische Vernunft eine baldige Initiative unumgänglich macht. Wer die Selbstverwaltung will, muß auch seiner Verantwortung gegenüber den Versicherten gerecht werden. (-/24.7.1981/vo-he/va)

+

+

+



Keine Alternativen

Das Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion sollte beibehalten werden

Von Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Solange keine konkreten und realisierbaren sowie mit wirtschaftlichen Vorteilen für die Bundesrepublik verbundenen Alternativen zum Erdgasgeschäft, das ja ein gegenseitiges Gas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion ist, seitens der Vereinigten Staaten angeführt werden, muß die Durchführung des Erdgasgeschäftes mit der Sowjetunion vorangetrieben werden. Im übrigen ist das Erdgasgeschäft kein zweiseitiges Geschäft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, sondern ein Geschäft zwischen mehreren europäischen Staaten und der Sowjetunion.

Die USA haben strategische und politische Bedenken letztmalig auf dem Ottawa-Gipfel erhoben. Das mag ihr gutes Recht sein. Die klare Antwort des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff, daß für die Bundesregierung kein Grund zu sehen sei, auf das Geschäft mit Moskau zu verzichten, ist zu begrüßen.

Im übrigen ist die Grundtendenz, die der amerikanischen Forderung zugrundeliegt, nämlich eine weitgehende Verringerung aller Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten als strategisches Mittel eine Politik, der sich die europäischen Staaten nicht so ohne weiteres anschließen können.

Der Politik, die Wirtschaftspolitik zu stark in die West-Ost-Auseinandersetzungen einzubeziehen, sie als politisches Mittel zu gebrauchen, kann im Interesse sowohl westlicher Wirtschafts- als auch Sicherheitspolitik nicht gefolgt werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine Politik intensiver wirtschaftlicher Zusammenarbeit eher zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West beiträgt als eine Politik, die glaubt, mit wirtschaftlichen Mitteln Vorteile zu erreichen. Der Friede wird eher durch das Mittel gegenseitiger wirtschaftlicher Verbindungen und Zusammenhänge gewahrt werden können.

Natürlich gäbe es einen Grund, Ost-West-Geschäfte nicht zu tätigen, dann nämlich, wenn in den Vorbehaltslisten über strategische Wirtschaftsgüter sich Anhaltspunkte finden. Der Umfang dieser Liste ist aber völlig ausreichend, ein Ausdehnen wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

(-/24.7.1981/ks/va)

+ + +



Solidarität muß Polemik aushalten

Im Fall Hansen hat die Bundesschiedskommission das letzte Wort

Von Rudolf Hartung

Bundessekretär der Jungsozialisten

Am 6. April 1903 schreibt Rosa Luxemburg an Karl Kautsky über den SPD-Reichstags-Kandidaten Dr. Schöppel, einen bekannten Revisionisten: "Mäxchen will am liebsten keine Versammlungen, keine Flugblätter, keine Polemik mit den Gegnern. Er sagt, daß ihm die Gegner nicht die Nase reiben, Bebel hätte ihn (auf dem SPD-Parteitag 1902) einen Lumpen genannt." Ein SPD-Kandidat ein "Lump"? Das geht doch wirklich zu weit. Sofortmaßnahmen oder Parteiausstoß gegen August Bebel?

Nein - niemand in der SPD ist vor 78 Jahren auf eine solche Idee verfallen. Die Solidarität der SPD reichte aus, um den offenen, auch polemisch geführten Meinungskampf auszuhalten. Wie man miteinander diskutierte, ließ man sich nicht von der Presse der Konservativen vorschreiben. Man wehrte sich: Auf einen groben Klotz gehörte schon damals ein grober Keil.

Im Grunde sieht das die Mehrheit der SPD-Mitglieder heute nicht anders: Parteitagsdiskussionen in den Unterbezirken fehlt immer noch die höfliche Sterilität einer geordneten Aktionärsversammlung. Man übt nicht Dialog, sondern redet miteinander - klar und hart in der Sache. Und das ist gut so. Von ihren gewählten Abgeordneten erwarten die Sozialdemokraten in den Ortsvereinen, daß sie Position beziehen, sich praktisch um Probleme kümmern und Rückgrat zeigen. Es ist kein Zufall, daß die Ortsvereine in Westfalen dem Abgeordneten Hansen von rechts bis links hinter ihm stehen.

Für sie war auch die Rede vom 8. Mai kein Fall. Erst der SPD-Bezirksvorsitzende hat sie zum Gegenstand. Doch immerhin: Die Bezirksschiedskommission hat Hans Otto Bäumer beständig in erster Instanz.

Sie hat mit ihrem Urteil allerdings gleich die Gründe für seine politische Unhaltbarkeit auf dem Papier gebracht, wenn sie schreibt, es gebe Unzufriedenheit, "weil die Partei nicht mit gleichen Maßstäben gegen alle Genossen vorgeht, die den Solidaritätsgrundsatz verletzen. Das ist zum Teil unerträglich, muß aber wegen der Eigenart des innerparteilichen Verfahrensrechtes hingenommen werden." Im Klartext: In vielen ande-



ren SPD-Bezirken - auch sogenannten gemäßigten - gäbe es bis heute kein Parteiordnungsverfahren gegen K.H. Hansen. Nein, der Parteiausschluß von Karl-Heinz Hansen muß nicht widerspruchslos hingenommen werden:

Er ist nicht gerechtfertigt, weil Hansen ein zwar unbequemer, aber Sozialdemokrat ist und es erscheint wenig wahrscheinlich, daß das Urteil der ersten Instanz Bestand hat. Spätestens das Verfassungsgericht wird klären, wo die Meinungsfreiheit eines Abgeordneten endet, wenn er Mitglied einer Partei ist.

Hansens Plädoyer für eine offen geführte Verteidigungsdiskussion, seine Kritik an der Nato-Rüstung, seine Düsseldorfer Rede - die Bezirksschiedskommission ist inhaltlich nicht darauf eingegangen. Der Spruch der Schiedskommission bleibt formal. Die Bundesschiedskommission kann den Düsseldorfer Spruch aufheben, und es gibt gute Gründe dafür. Es ist nicht die erste Bezirksentscheidung, die die Bundesschiedskommission verwirft. Sie hat ihre eigenen Maßstäbe.

In einem ihrer letzten Verfahren hat die Bundesschiedskommission einen Mandatsträger vom Vorwurf der Solidaritätsverletzung freigesprochen, der der Mehrheit seines SPD-Unterbezirks pressewirksam "politische Liquidierung von aufrechten Sozialdemokraten" vorgeworfen hatte. Einen Wahlparteitag der SPD kennzeichnete er knapp als "die öffentliche Hinrichtung" von Sozialdemokraten; erst in der Fraktion, dann in einer Pressemitteilung.

Der zuständige Bezirk reagierte wie Hans Otto Bäumer: Er beschloß das Ruhen aller Mitgliedsrechte für drei Monate. Die Bezirksschiedskommission verhängte nur ein mehrmonatiges Funktionsverbot. Auch dies war ungerechtfertigt, fand die Bundesschiedskommission: "Mandatsträger und Funktionäre in so hervorgehobener Funktion würden die Partei der Lächerlichkeit preisgeben, wenn sie eine Antwort oder eine Erklärung schuldig blieben." Der Mandatsträger habe die Grenzen des Erlaubten nicht überschritten.

Dieselbe Bundesschiedskommission entscheidet jetzt darüber, ob der Vorwurf der Geheimdiplomatie schlimmer ist als der der "politischen Liquidierung von aufrechten Sozialdemokraten". Sicher nicht. Das Mäxchen Schippel von 1903 wird Nachfolger bekommen. Damals gewann die SPD bei den Reichstagswahlen stark hinzu. (-/24.7.1981/va-he/va)

+

+

+

